

V2114 Dringliche Richtlinienmotion (Grüne, Junge Grüne, SP) „#evakuieren JETZT – auch nach Köniz!“

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Mit der dringlichen Richtlinienmotion "#evakuieren JETZT – auch nach Köniz" vom 07. April 2021 wird der Gemeinderat aufgefordert, sich der Allianz "Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen" anzuschliessen, die Bereitschaft zur Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten zu erklären und den Bundesrat gemeinsam mit der Allianz zum Handeln zu bewegen.

Die Motion wurde auf Antrag des Gemeinderates an der Parlamentssitzung vom 30. August 2021 erheblich erklärt.

Mit diesem Geschäft wird dem Parlament die Abschreibung der Motion beantragt.

2. Rückblick

In den Jahren 2019 bis 2021 war die Situation in den Flüchtlingslagern in der Ägäis in Griechenland dramatisch. Zehntausende Geflüchtete aus Kriegs- und Konfliktgebieten waren dort gestrandet, ohne Schutz und ohne genügend medizinische Versorgung. Die Geflüchteten, darunter viele Frauen und Kinder, mussten in kleinen Zelten und selbstgebauten Hütten leben. Corona-Schutzmassnahmen konnten nicht umgesetzt werden.

Zahlreiche Städte, Gemeinden und Kirchgemeinden in der Schweiz, aber auch weite Teile der Bevölkerung waren deshalb der Überzeugung, dass die humanitäre Not in den Konfliktregionen, auf den Fluchtwegen und an den Grenzen Europas ein zusätzliches Engagement unseres Landes zur Aufnahme geflüchteter Menschen erfordern und die Schweiz mehr tun kann und soll.

Einzelne Städte und Gemeinden haben deshalb dem Bund ihre Bereitschaft signalisiert, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, was jedoch ohne Resonanz blieb. Im Frühling 2019 haben sich die acht grössten Schweizer Städte zusammengetan, um ihrem gemeinsamen Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. Im Frühsommer 2020 bildeten sie die Allianz "Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen".

3. Aktuelle Situation

Aufgrund der Corona-Pandemie waren die Asylgesuche anschliessend massiv zurückgegangen, so dass für die Aufnahme von Flüchtlingen wieder genügend Kapazitäten vorhanden waren. Seit 2022 hat die Anzahl Flüchtlinge jedoch wieder markant zugenommen. Verschärft wurde die Situation aufgrund des Kriegsausbruchs vom 24.02.2022 in der Ukraine, welcher bis heute anhält. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) geht davon aus, dass der Krieg in der Ukraine noch über Monate oder gar Jahre anhält. Ausserdem ist mit einem anhaltenden Anstieg der Asylgesuche aus anderen Kriegs- und Krisengebieten zu rechnen. Die höchsten Gesuchzahlen des Jahres 2023 sind im Sommer oder Anfang Herbst zu erwarten.

4. Gemeinde Köniz

Die Aufnahme von Geflüchteten und Schutzsuchenden ist primär Sache des Bundes. Der Bund weist den Kantonen eine bestimmte Anzahl von Asylsuchenden zu. Die Verteilung auf die verschiedenen Regionen/Gemeinden, die Schaffung und Bewirtschaftung von Unterbringungsmöglichkeiten und die Betreuung der betroffenen Menschen liegt danach in der Verantwortung der Kantone. Die Gemeinden können also keine Asylsuchenden und Flüchtlinge direkt aufnehmen. Ein Beitritt zur Allianz "Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen" ist daher ideeller Natur, indem die Mitgliedstädte und -Gemeinden sich zur Weiterentwicklung der humanitären Tradition bekennen und ihrer Meinung Gewicht verleihen können, dass die Schweiz mehr tun soll, um das Leid der Geflüchteten entlang der Fluchtrouten zu lindern. Durch den

Beitritt zur Allianz entstehen keine direkten Kosten. Allerdings geht mit der Mitgliedschaft die Bereitschaft einher, das Positionspapier und die Grundsätze der Zusammenarbeit der Allianz anzuerkennen und Geflüchtete in der Gemeinde rasch und unkompliziert unterzubringen und längerfristig in die Gesellschaft zu integrieren. Die Gemeinde Köniz muss deshalb die Bereitschaft aufbringen, allfällige mit der Bereitstellung von Unterkünften und Integrationsmassnahmen entstehende Kosten mitzutragen.

Der Gemeinderat hat mit der Erheblicherklärung der Motion den Handlungsbedarf anerkannt und will aus humanitärer Sicht und aufgrund des offensichtlichen und masslosen Leids der Betroffenen Verantwortung tragen. Aus diesen Gründen hat er sich der Allianz "Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen" angeschlossen.

5. Abschreibung

Das Anliegen der Motion, dass sich die Gemeinde Köniz der Allianz "Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen" anschliessen soll, ist mit dem Beitritts-Schreiben des Gemeinderates vom 16. August 2023 erfüllt. Da es sich um eine Richtlinienmotion handelt, wird diese stillschweigend abgeschrieben.

Köniz, 16. August 2023

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Parlamentsantrag Beantwortung vom 30.08.2021
- 2) Positionspapier der Allianz "Städte und Gemeinden"
- 3) Grundsätze der Zusammenarbeit der Allianz "Städte und Gemeinden"



Parlamentssitzung Nr. 8 vom 30.08.2021

Protokollauszug

V2114 Dringliche Richtlinienmotion „#evakuieren JETZT – auch nach Köniz!“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird aufgefordert, sich der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» anzuschliessen, die Bereitschaft zur Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten aus der Ägäis zu erklären, und den Bundesrat gemeinsam mit der Allianz und den 132 Organisationen von #evakuierenJETZT zum Handeln zu bewegen.

Begründung

Zahlreiche Städte, Gemeinden und Kirchgemeinden der Schweiz haben nach dem Osterapell 2020 dieses Jahr erneut ihre Bereitschaft erklärt, Geflüchtete aus den Lagern der Ägäis aufzunehmen. Darunter sind beispielsweise Luzern, St. Gallen, Freiburg, Bern, Winterthur, Lausanne, Zürich, Vernier und viele weitere. Köniz soll sich dieser Allianz anschliessen und mit den anderen Städten und Gemeinden den Druck auf den Bund erhöhen, damit der Bundesrat die humanitäre Tradition der Schweiz nicht zur Worthülse verkommen lässt und endlich Hand bietet für eine gemeinsame, pragmatische Lösung. Nach dem Brand im Lager Moria vom 9. September 2020 hat sich die Schweiz unter Druck einzig bereit erklärt, 20 unbegleitete Minderjährige aufzunehmen und ihr Asylgesuch in der Schweiz regulär zu prüfen. Das reicht angesichts der Notlage in den Lagern der Ägäis aber bei Weitem nicht aus. Denn dort ereignet sich vor unseren Augen eine Katastrophe: Zehntausende Geflüchtete aus Kriegs- und Konfliktgebieten sind dort gestrandet, ohne dass sie Schutz erhalten würden. Die medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet und das Recht auf ein Asylgesuch wurde zeitweise ausgesetzt. Besonders dramatisch ist die Situation im Camp Moria auf Lesbos. Auf mehr als tausend Personen kommt ein Wasserhahn. Für die Verteilung von Essen müssen sie stundenlang anstehen, oft ist es ungeniessbar. Die Geflüchteten, darunter viele Frauen und Kinder, leben in kleinen Zelten und selbstgebauten Hütten, Corona-Schutzmassnahmen können nicht umgesetzt werden.

Die Schweiz hat das Abkommen von Dublin mitunterzeichnet und jahrelang davon profitiert. Nach diesem Abkommen können Menschen nur in dem europäischen Land ein Asylgesuch stellen, in dem sie zuerst ankommen, beispielsweise in Griechenland. Jeder Dublin-Staat kann aber auch immer von sich aus auf Asylgesuche eintreten. Diese Möglichkeit muss die Schweiz jetzt nutzen. Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz befindet sich auf einem historischen Tief. Die Schweiz verfügt über die finanziellen Mittel, die räumlichen Kapazitäten und die personellen Ressourcen, um Geflüchtete aufzunehmen und sie hier zu betreuen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die finanzielle Unterstützung vor Ort die Situation für die Geflüchteten nur wenig verbessert hat. Es bleibt nur noch die Evakuierung. Andere europäische Länder bieten angesichts der humanitären Krise bereits Hand – während die Schweiz sich verschliesst, obwohl sie als Dublin-Staat klar in der Verantwortung steht. Mit der Bereitschaft Geflüchtete aus der Ägäis direkt aufzunehmen zeigen Städte und Gemeinden gegenüber dem Bund ihre Unterstützung und können ihn so auffordern, endlich zu Handeln.

Begründung der Dringlichkeit

Das offensichtliche und masslose Leid der Betroffenen ist bekannt. Jede Stunde, jeder Tag, den die Betroffenen in diesen Umständen leben müssen, ist menschenunwürdig und verletzt die Menschenrechte. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Weltgemeinschaft trägt Verantwortung und jedes Gemeinwesen soll nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag leisten - auch Köniz.

Eingereicht

7. April 2021

Unterschrieben von 16 Parlamentsmitglieder

Christina Aebischer, Tanja Bauer, David Müller, Simon Stocker, Iris Widmer, Andreas Lanz, Katja Niederhauser-Streiff, Sandra Röthlisberger, Claudia Cepeda, Casimir von Arx, Franziska Adam, Vanda Descombes, Mürger Arlette, Roland Akeret, Käthi von Wartburg, Matthias Müller

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (Beilage, Motionsprüfung vom 14. April 2021).

2. Ausgangslage

Die Situation der Flüchtlinge in den Lagern der Ägäis in Griechenland, insbesondere im Camp Moria auf Lesbos, gleicht einer Katastrophe. Zehntausende Geflüchtete aus Kriegs- und Konfliktgebieten sind dort gestrandet, ohne Schutz und ohne genügend medizinische Versorgung. Der Brand im Lager Moria vom 9. September 2020 hat die Lage noch verschärft. Auf mehr als tausend Personen kommt 1 Wasserhahn und das Essen ist oft ungeniessbar. Die Geflüchteten, darunter viele Frauen und Kinder, leben in kleinen Zelten und selbstgebaute Hütten. Corona-Schutz-massnahmen können nicht umgesetzt werden.

3. Situation Schweiz

Zahlreiche Städte, Gemeinden und Kirchgemeinden der Schweiz haben ihre Bereitschaft erklärt, Geflüchtete aus den Lagern der Ägäis aufzunehmen. Die Schweiz verfügt über die finanziellen Mittel, die räumlichen Kapazitäten und die personellen Ressourcen, um Geflüchtete aufzunehmen und sie hier zu betreuen. Der Bund hat sich unter Druck einzig bereit erklärt, 20 unbegleitete Minderjährige aufzunehmen und ihr Asylgesuch in der Schweiz regulär zu prüfen. Das reicht angesichts der Notlage in den Lagern der Ägäis aber bei Weitem nicht aus.

4. Situation Gemeinde Köniz

Die Aufnahme von Geflüchteten und Schutzsuchenden ist primär Sache des Bundes. Der Bund weist den Kantonen eine bestimmte Anzahl von Asylsuchenden zu. Die Verteilung auf die verschiedenen Regionen/Gemeinden, die Schaffung und Bewirtschaftung von Unterbringungsmöglichkeiten und die Betreuung der betroffenen Menschen liegt danach in der Verantwortung der Kantone. Für die Asylsuchenden, die in der Gemeinde Köniz untergebracht werden, liegt die Zuständigkeit beim Asylsozialdienst Stadt Bern. Die Gemeinden haben im Asyl- und Flüchtlingsbereich keine direkten Aufgaben und auch keinen Einfluss.

Aus humanitärer Sicht aufgrund des offensichtlichen und masslosen Leids der Betroffenen und des dringend bestehenden Handlungsbedarfes anerkennt auch der Gemeinderat von Köniz, Verantwortung zu tragen und sich der Allianz "Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen" anzuschliessen, um den Bundesrat zum Handeln zu bewegen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 02. Juni 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 14. April 2021

Diskussion

Erstunterzeichnerin Christina Aebischer, Grüne: Die vorliegende Motion zum Beitritt von Köniz zur "Allianz von Städte und Gemeinde für die Aufnahme von Flüchtlingen" haben wir am 7. April als dringlich eingereicht und die Dringlichkeit ist auch gewährt worden. Herzlichen Dank, dass wir heute vorgezogen wurden. Politische Mühlen mahlen langsam, wie wir sehen und das ist nicht gut. Aber was noch viel Schlimmer ist: Das Anliegen hat überhaupt nichts von seiner Dringlichkeit verloren – im Gegenteil.

Was Ende 2020 belegt ist, ist Mitte 2021 immer noch der Fall: Es sind mehr Menschen denn je auf der Flucht. Laut UNHCR haben letztes Jahr 82 Millionen Leute aus ihrer Heimat flüchten müssen, wegen Gewalt, Kriegen, Verfolgung, aber auch wegen der Auswirkungen des Klimawandels, welcher ihnen die Lebensgrundlage zerstört. Rund 40% davon sind unter 18jährig. Und die meisten der 82 Millionen Leute, rund 70%, flüchten nur bis in ein Nachbarland.

Und bei uns in der Schweiz im Jahr 2021: Die tiefsten Asylzahlen seit langem. Abnehmende Gesuche, abnehmende gutgeheissene Asylanträge, geschlossene Empfangsstellen und Zentren. Als ginge uns das nichts an. Denn zwischen diesen Krisenländern und der Schweiz ist die Festung Europa, welche zu macht und die Leute an den Aussengrenzen von Europa, zum Beispiel in Griechenland, in Bosnien, in Libyen, in der Türkei, unter menschenunwürdigen Umständen ausharren lässt. In Umständen, welche sich durch Covid noch erschwert haben – ihr kennt alle die Berichte und Bilder. Und jetzt noch Afghanistan. Ich hoffe und denke, ich bin nicht die einzige, welche angesichts dem unglaubliche Versagen der Westmächte schockiert ist und ich bin sicher auch nicht die einzige, welche findet: Evakuieren jetzt!

Wir haben Platz, wir haben Ressourcen, wir haben Organisationen, welche die Aufnahme organisieren und managen können und welche die ankommenden Leute unterstützen. Im Vergleich zu den Nachbarländern, wohin die rund 70% der Flüchtlinge gehen und aufgenommen werden, in welchen der grosse Teil der Bevölkerung selber nicht viel hat. Ganz aktuell ist das Augenmerk auf Afghanistan, das ist richtig und wichtig, aber es geht natürlich auch um die unzähligen Flüchtlinge aus anderen Ländern, zum Beispiel aus Syrien, welche dort seit Monaten, seit Jahren, unter menschenunwürdigen Bedingungen feststecken.

Es braucht Solidarität und es braucht Taten. Es freut darum die Grüne Fraktion sehr, dass der Gemeinderat dieser Motion positiv gegenübersteht. Und wir hoffen, dass das Parlament dem folgen wird.

Jetzt ist es aber mit dem Deklarieren von diesem Beitritt zur Allianz natürlich noch nicht getan. Der Beitritt ist ein Zeichen und gemeinsam mit vielen anderen Gemeinden und Städten ein wichtiges, vor allem gegenüber dem Bundesrat, weil er die Kompetenz hat, hier aktiv zu werden. Und die aktuelle Passivität ist erschreckend, es braucht ganz offensichtlich den Druck aus der Bevölkerung, aus den Städten und Gemeinden.

Aber eben, dieser Beitritt - auch wenn wir wichtig finden, dass wir den machen - ist Symbolpolitik und damit ist noch kein Mensch gerettet. Wir erwarten deshalb vom Gemeinderat, wenn die Motion überwiesen wird:

- Dass er sich aktiv in diese Allianz einbringt.
- Dass er gemeinsam mit den anderen Städten und Gemeinden Druck auf den Bundesrat macht.
- Dass er sich proaktiv bereitmacht, Hilfe zu leisten, zum Beispiel, dass er weiss, wo er Wohnungen bereitstellen kann, wenn es denn gelingt, dass der Bundesrat sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen. Sei es via Resettlementprogramm, via humanitäre Visa, via Familiennachzug oder einfach auch Flüchtlinge, welche es selber unter höchsten Risiken schaffen, in die Schweiz zu kommen. Und wir erwarten, dass er die Organisationen unterstützt, welche bereits in diesem Bereich tätig sind, zum Beispiel der Verein Ziegler Freiwillige, das Offene Scherli oder auch andere Vereine und Kirchgemeinde, welche sich engagieren.

Wenn die Motion überwiesen wird, ist die Umsetzung in der Kompetenz der DBS. Es sind Wahlen, wir haben es schon oft gehört und wenn ich die aktuellen Smartvote Antworten des Direktionsvorstehers anschau, sehe ich Fragezeichen: Bei allen fünf Fragen im Kapitel Migration und Integration sehen wir dort ein unmissverständliches und kommentarloses "Nein, es braucht nicht mehr Unterstützung".

Da wir die Situation schon einmal gehabt haben, dass die Umsetzung von einem im Parlament demokratisch gefassten Entscheid vom zuständigen Gemeinderat verweigert worden ist, weil er persönlich es anders sieht, möchte ich hier auch gerade die Frage stellen, wie der Gesamtgemeinderat in diesem Fall gedenkt damit umzugehen, wenn die Motion überwiesen wird.

Fraktionssprecherin Tanja Bauer, SP: Angesichts der späten Stunde spreche ich als Mitmotionärin und auch als Fraktionssprecherin der SP und ich ergänze meine Vorrednerin gerne, erzähle aber nicht alles noch einmal.

"Es gibt Zeiten, in welchen schöne Ansprachen gehalten werden können und es gibt Zeiten, in welchen gehandelt werden muss". Das war der Aufruf des Osterappells von vor beinahe zwei Jahren. So lange dauert diese bedrohliche Situation schon. Und seither ist sehr wenig passiert. Der Osterappell wurde damals von über 100 Organisationen mitgetragen und hatte über 50'000 Unterschriften aus der Bevölkerung. Leider wurde dies damals aber nicht gehört.

Die Situation in den Camps ist sehr dramatisch und sie wurde immer noch schlimmer. Es kam Corona, es gab Überschwemmungen und Brände und die Situation wurde auch in diesem Sommer, als es in Griechenland so heiss war und viele Feuer ausgebrochen sind, nochmals schlimmer. Viele Leute sind inzwischen schon fünf Jahre dort und man muss sich das mal vorstellen, wenn man geflüchtet ist, aus einer schwierigen Situation in Syrien und dann schon so lange in solchen Camps mit kleinen Kindern warten muss, in einer Situation, wo man kaum Zugang zu sanitären Einrichtungen hat.

Das geht uns etwas an, da wir nämlich als Schweiz dem Dublin-System angehängt sind und das Dublin-System sagt, dass man nur dort Asylantrag stellen kann, wo man zuerst den Boden betritt. Und da hat die Schweiz logischerweise aufgrund ihrer geografischen Situation einen grossen Vorteil. Aber Griechenland, Italien und auch zum Teil Spanien sind alle viel mehr betroffen und müssen auch viel mehr Leute aufnehmen und darum kam es auch zur Situation, dass es in Griechenland zeitweise gar nicht mehr möglich war, Asylanträge zu stellen. Diese sind gar nicht mehr nachgekommen oder haben es schlicht und einfach auch nicht mehr bewältigt. Und das ist eigentlich nicht die Idee des Dublin-Systems, alle Leute sollen einen Asylantrag stellen können. Der Osterappell fordert nicht einfach die Aufnahme dieser Leute, sondern er fordert das Grundrecht, dass alle Menschen Asylantrag stellen können, dass die Schweiz hier aushelfen und dass man dies hier ordentlich leisten und so Griechenland unterstützen kann, welches das nicht mehr alleine Handhaben kann.

Es gab auch auf nationaler Ebene einen solchen Vorstoss, welcher dies verlangt hat. Dieser wurde auch angenommen, da es schlicht und einfach rational ist und der humanitären Tradition der Schweiz entspricht. Doch leider ist in der Folge nichts passiert, da der Bund auf die Kantone verweist, welche dann vielleicht nicht wollen oder auf die Gemeinden, wohin solle man dann mit diesen Leuten usw. Der Ball wurde immer hin und her gespielt. Darum gab es diese Allianz aus ganz vielen Städten, welche sagen, wir haben Platz, wir wollen mitmachen und wir würden diese Leute aufnehmen und welche so den Bund zum Handeln ermutigen. Und mit dem Beitritt in diese Allianz, damit kann Köniz etwas beitragen, da wir sagen, dass es notwendig ist, dass alle Leute Asylantrag stellen können, welche das Recht auch haben und wir in der Schweiz haben Platz, wir haben Kapazitäten, um diese Asylanträge auch anzuschauen. In der letzten Zeit ist leider sehr wenig passiert, obwohl man es auf Bundesebene mehrmals in Aussicht gestellt hat und jetzt wiederholt sich das Ganze mit Afghanistan wieder und wir nehmen keine Verantwortung wahr.

Die Antwort des Gemeinderates freut mich extrem, dass er so offen ist und sagt, er wolle hier mitmachen und die anderen Städte unterstützen, welche sich zum Teil sehr offen geäußert haben und angesichts der humanitären Tradition der Schweiz sagen, dass wir unsere Augen vor dieser Situation, für welche wir eben auch Verantwortung tragen, da wir von diesem Dublin-System auch profitieren, dass wir die Augen nicht verschliessen.

Ich würde mich sehr freuen und auch die SP-Fraktion würde euch bitten, dass ihr diesen Vorstoss unterstützt. Er ist mehr als nur Symbolpolitik, er ist wirklich ein wichtiges Zeichen in einer Zeit, in welcher sehr viele Leute auf der Flucht sind und unter dramatischen Umständen ausharren müssen.

Fraktionssprecher EVP-glp-Mitte-Fraktion Andreas Lanz, BDP: Die EVP-glp-Mitte Fraktion dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme und Beantwortung dieser Motion. Wir werden seinen Antrag einstimmig annehmen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang - es wurde schon erwähnt, doch ich gehe hier noch ein bisschen ins Detail - dass der Vorsteher der zuständigen Direktion in seinem Smartvote Profil bei restriktiver Migrationspolitik einen Wert von 100% erreicht. Er überflügelt damit seinen Gemeinderatskollegen, der traditionell migrationskritischen Partei, um mehr als zehn Prozent. Aber das nur nebenbei.

Zurück zum Vorstoss. Es handelt sich bei diesem Vorstoss in erster Linie um ein symbolisches Zeichen in Richtung Bundesrat. Was dieser damit macht, ist im Moment nicht klar. Klar ist aber, dass die Gemeinde nicht für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig ist, sondern es ist der Bund, welcher da entscheiden und handeln muss. Erinnern wir uns zurück an die Asylunterkunft in Niederscherli vor einigen Jahren. Es gab dort ein kleines Komitee von besorgten Bürgern, welches die Situation vor Ort kritisch beobachtete. Es gab aber auch eine Gruppe von Leuten, welche sich für die Menschen und temporären Mitbürgerinnen und Mitbürger engagierten. Dieses Engagement für die Flüchtlinge hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass uns die Asylunterkunft Niederscherli bis heute in guter Erinnerung blieb.

Die aktuellen Ereignisse in Afghanistan - ich weiss es geht beim Vorstoss nicht um Afghanistan - machen es noch deutlicher, dass der Vorstoss angenommen werden sollte. Natürlich wird die Aufnahme von Flüchtlingen durch den Bundesrat mit Kosten verbunden sein – wir haben heute viel über Geld gesprochen. In erster Linie werden Kosten bei Bund und Kanton und zu einem geringen Anteil auch bei der Gemeinde anfallen. Wir finden es aber aufgrund der aktuellen Lage in den Lagern auf den griechischen Inseln und auch im Hinblick auf die aktuelle Lage in Afghanistan unpassend und gar menschenverachtend, den finanziellen Aspekt in den Vordergrund zu stellen.

Noch ein Detail zum Schluss: Der EVP-glp-Mitte-Fraktion ist aufgefallen, dass grosse Teile der gemeinderätlichen Antwort aus dem Motionstext übernommen wurden. Dies soll keineswegs als Kritik verstanden werden, sondern es spricht vielmehr für die Qualität des Vorstosses und es spricht auch für die pragmatische und kostengünstige Behandlung des Vorstosses durch Gemeinderat und Verwaltung.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler: Man merkt, es ist Wahlkampf und ihr lest Smartvote. Ich lasse mich hierzu nicht provozieren und ich steige auch nicht darauf ein. Hier ist ein Entscheid des Gemeinderats Köniz, welcher euch vorschlägt, diese Motion erheblich zu erklären.

Der Auftrag ist im Vorstosstext ja klar formuliert. Selbstverständlich wird meine Direktion das, was hier gefordert ist, umsetzen, das ist ganz klar, da müsst ihr euch keine Sorgen machen. Das mit meiner Dossierabgabe würde ich heute immer noch so machen, doch dies hat hier nichts mit diesem Vorstoss zu tun. Ich bitte euch hier eine gewisse Trennung zu machen.

Der Gemeinderat schlägt euch vor, diese Motion erheblich zu erklären. Wie ich gesagt habe, der Vorstosstext und die Forderung ist ziemlich klar formuliert. Nun sind wir natürlich bereits in Afghanistan gelandet und an anderen Orten. Ich sage damit nicht, dass dort keine Probleme sind, doch wir müssen schon schauen, dass wir uns auf das hier konzentrieren und hier ist der Gemeinderat mit der Forderung einverstanden. Ich bitte euch, dem Vorschlag des Gemeinderats zur Erheblicherklärung zuzustimmen.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament

Städteallianz für Aufnahme von Flüchtlingen: Grundsätze der Zusammenarbeit

Ausgangslage

Im Juni 2020 ist die Allianz mit ihrer gemeinsamen Position erstmals in Erscheinung getreten – im Rahmen der Übergabe der Petition von "evakuieren JETZT" an den Bundesrat. Über die Allianz wurde zwar berichtet, aber die öffentliche Aufmerksamkeit hielt sich in Grenzen. Für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar wurde die Allianz hingegen im Zusammenhang mit dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos (GR) im September 2020. Zahlreiche der an der Allianz beteiligten Städte kommunizierten offensiv ihre Bereitschaft, Geflüchtete aus Moria aufzunehmen und forderten vom Bund eine entsprechende Initiative. Der Bund hat das Angebot der Städte, zusätzliche Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen, klar abgelehnt und die Städte auf die Regelstrukturen verwiesen.

Die Städte sind in der öffentlichen Debatte eine glaubwürdige Absenderin des Angebots zur Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter. Entsprechend werden sie auch als Akteurinnen in der Diskussion wahrgenommen, was auch der Bund registriert. Als proaktive Playerin mit eigenen Vorschlägen konnte sich die Allianz hingegen bisher noch nicht positionieren.

Städte als Teil der Städteallianz

Zur im nächsten Abschnitt formulierten inhaltlichen Position haben sich bis heute die Städte Basel, Bern, Delsberg, Freiburg, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Prilly, Wil SG, Winterthur und Zürich bekannt.

Jede Stadt, die künftig zur Allianz stösst, muss mit dieser inhaltlichen Basis sowie den Grundsätzen der Zusammenarbeit einverstanden sein und diese mittragen.

Andere Städte/Gemeinden sind herzlich willkommen. Die Städteallianz wird aber (noch) nicht aktiv beworben.

Gemeinsame inhaltliche Position

Weite Teile der Bevölkerung und die politisch Verantwortlichen vieler Schweizer Städten sind der Überzeugung, dass die humanitäre Not in den Konfliktregionen, auf den Fluchtwegen und an den Grenzen Europas ein zusätzliches Engagement unseres Landes zur Aufnahme geflüchteter Menschen erfordern. Die Schweiz kann und soll mehr tun. Dazu wollen die Städte ihren Beitrag leisten.

Damit die Schweiz angesichts der humanitären Notsituation mehr Menschen Zuflucht gewähren kann, erklären sich folgende Städte dazu bereit, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen.

Koordination

- Die Stadt Zürich bemüht sich um die Koordination der Aktivitäten (Kontaktperson: Lisa Radman, lisa.radman@zuerich.ch, 044 412 67 13, 079 678 74 68).
- Zur gemeinsamen Ablage von verschiedenen Informationen steht die Cloud zur Verfügung: <https://zueribox.stadt-zuerich.ch/zueribox/index.php/s/ng6PMAci3aWbQow>
- Die Städte können sich in ihrem Handeln und ihrer Kommunikation an der gemeinsamen inhaltlichen Position orientieren.
- Bei individuellen Forderungen einzelner Städte, die über die definierte inhaltliche Position der Allianz hinausgehen, ist die Koordinatorin froh um eine zeitnahe Meldung
- Die Allianz entwickelt die gemeinsame Basis im Konsens der beteiligten Städte weiter.
- Sie kann Themen zur Weiterentwicklung an Arbeitsgruppen delegieren.
- Das nächste Treffen der Allianz wird Ende **Q1 2020** angesetzt.

Gegenseitige Information

Worüber informiert die Stadt Zürich als Koordinatorin die einzelnen Städte?

- Allfällige Entwicklungen in den Städten
- Themen von innenpolitischer und aussenpolitischer Relevanz für die Allianz

- Neue Mitglieder der Allianz
- Informationen aus der Zusammenarbeit mit Partner*innen
- Sitzungen der Allianz
- Updates aus den Arbeitsgruppen
- Inhaltliche Vorschläge, über welche die Allianz entscheiden soll

Worüber informieren die einzelnen Städte die Koordinatorin?

- Relevante Entwicklungen in ihrer Zuständigkeit: z.B. neue politische Vorstösse, Entwicklungen in der Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Kanton, Aktivitäten mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen
- Neue an der Allianz interessierte Städte
- Allfällige individuelle Forderungen einzelner Städte, die über die gemeinsame Position hinausgehen

Kommunikation

Bis die Allianz eigene konkrete Vorschläge zur Aufnahme von Geflüchteten in Schweizer Städten vorlegen und diese proaktiv kommunizieren kann, soll sie weiterhin reaktiv kommunizieren, wenn dies als sinnvoll erachtet wird.

- Sollte die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter in die Schweiz – sei es durch externe Ereignisse und/oder Aktionen von zivilgesellschaftlicher Seite – zu einem medialen Thema werden, erneuern die Städte ihr Angebot an den Bund.
- Wo es die zeitlichen Rahmenbedingungen erlauben, wird versucht, gemeinsam zu kommunizieren. Die Städte der Städteallianz melden die in ihrer Stadt zuständige kommunikationsverantwortliche Person an Lisa Radman. Die Arbeitsgruppe "Kommunikation" (Kontaktperson: Heike Isselhorst, heike.isselhorst@zuerich.ch, 044 412 61 55) entwickelt im Q1 2021 einen Prozessvorschlag für die gemeinsame Kommunikation, nimmt sich der Namensgebung an, erarbeitet ein Wording zur Haltung der Städteallianz zu weiteren Themen und überlegt, wann der richtige Zeitpunkt zum kommunikativen Einbezug der Partner*innen wie SODK oder KID gekommen ist. Zwischenbericht an Lisa Radman und Information der Allianz im Q2 2021.
- Gibt es keine Kommunikation von Seiten der Allianz, kommunizieren die Städte basierend auf der gemeinsamen inhaltlichen Position individuell.

Positionspapier der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen»¹

Bisher hat die Allianz gegenüber dem Bund erst ein generelles Angebot formuliert² und aufgezeigt, dass das aktuelle Recht diesem Anliegen zumindest nicht widerspricht. Sie hat keine konkreteren Vorschläge zur weitergehenden rechtlichen Verankerung, zu spezifischen Kategorien von Geflüchteten, zu möglichen Verteilungsmechanismen, zur Einbettung in bereits bestehende Programme oder zur finanziellen Beteiligung der Städte gemacht. Zu diesen Themen hat sich die Allianz aber mittlerweile näher verständigt. Der aktuelle Stand ihrer Ausrichtung wird nachfolgend beschrieben.

6 ECKWERTE

In ihrem Vorgehen orientiert sich die Allianz stets an den nachfolgenden sechs Eckwerten.

1. Offenheit für unterschiedliche Ansätze beibehalten

Die Allianz setzt sich grundsätzlich für die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten in der Schweiz ein und ist stets offen für entsprechende Vorschläge. Auch wenn die Allianz konkrete Vorschläge erarbeitet – etwa zur Kategorie der Geflüchteten oder zur Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden –, so sind diese nicht exklusiv zu verstehen. Sie schliessen alternative Möglichkeiten nicht aus und sie ändern nichts an der generellen Aufnahmebereitschaft als Basis der Allianz.

2. Unterschiedliche Ausgangslagen der Städte berücksichtigen

Die Allianz gewinnt ihr politisches Gewicht aus der Zahl und Breite der beteiligten Städte. Zugleich ist die Ausgangslage der Städte, insbesondere hinsichtlich Kompetenzen, finanziellen Möglichkeiten und politischer Konstellation, sehr unterschiedlich. Die eigenen Vorschläge sollen deshalb so ausgestaltet sein, dass die Städte der Allianz diese mittragen können, ohne dass sie sich (im gleichen Umfang) daran beteiligen müssen. Pilot-Projekte könnten es Städten mit grösserem Handlungsspielraum erlauben, etwas weiterzugehen als andere.

3. Bestehenden Verteilschlüssel nicht unterlaufen

Der bestehende Verteilschlüssel darf durch die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter nicht unterlaufen werden. Es geht der Allianz darum, über die bestehenden Regelungen hinaus Geflüchtete aufzunehmen und nicht Geflüchtete, zu deren Aufnahme sich die Schweiz schon verpflichtet hat, anders auf das Gemeinwesen zu verteilen.

4. Finanzielle Verpflichtung des Bundes gemäss bestehenden Regeln

Der Bund hat gegenüber den Kantonen für die zusätzlich aufgenommenen Geflüchteten grundsätzlich die gleichen finanziellen Verpflichtungen wie für andere Geflüchtete.

5. Individuelle Klärung der Aufgabenteilung und Finanzierung innerhalb der Kantone

Die Verteilschlüssel, Finanzierungsmechanismen und Kompetenzen unterscheiden sich in den einzelnen Kantonen sehr stark. Deshalb kann die Allianz keine allgemeinen Aussagen dazu machen, wie die Vorschläge innerhalb der einzelnen Kantone umzusetzen sind. Die einzelnen Städte sollen – gemeinsam mit anderen Städten im selben Kanton – für ihren Kanton entsprechende Möglichkeiten vorsehen.

6. Vorläufiger Verzicht auf Gesetzesänderungen

Vorderhand werden Vorschläge erarbeitet, die nicht auf eine Gesetzesänderung auf Bundesebene angewiesen sind. Die Städteinitiative Sozialpolitik prüft derweilen, ob sie ein Rechtsgutachten in Auftrag gibt, um zu klären, welche weiteren rechtlichen Änderungen hilfreich wären, um die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen in den Städten zu fördern.

¹ La version française se trouve à la page 3.

² «Damit die Schweiz angesichts der humanitären Notsituation mehr Menschen Zuflucht gewähren kann, erklären sich folgende Städte dazu bereit, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen.»

AKTUELLE SCHWERPUNKTE DER ALLIANZ

Die der Allianz angeschlossenen Städte erklären sich sowohl zur jährlichen aussereuropäischen Aufnahme im Rahmen des Resettlements als auch zur innereuropäischen Aufnahme von Geflüchteten in Notsituationen bereit.

1. Zusätzliche Aufnahme Geflüchteten im Rahmen des Resettlement-Programms

Die aussereuropäische Aufnahme von Geflüchteten über das Resettlement-Programm ist ein eingespielter und politisch geregelter Prozess. Die Programmdauer ist jeweils auf zwei Jahre ausgelegt. Im Mai 2021 hat der Bundesrat die Höhe des Kontingents für das Resettlement-Programm 22/23 auf 800 Personen pro Jahr, also total 1'600 Personen auf zwei Jahre festgelegt. Daneben definierte er auch die geografischen Schwerpunkte und den Anteil des Kontingents für kurzfristige humanitäre Notsituationen.

Die Allianz würde eine Erhöhung des Kontingents für das Resettlement-Programm begrüßen und unterstützen. Die der Allianz angeschlossenen Städte sind bereit, dabei einen zusätzlichen Anteil der Geflüchteten aufzunehmen³.

2. Bereitschaft zur einmaligen zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten in Notsituationen

Die an der Allianz beteiligten Städte sind ebenfalls bereit für eine zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten aus innereuropäischen Regionen an den EU-Aussengrenzen (bspw. Griechenland oder Italien) in Notsituationen. Die innereuropäische Aufnahme erhält viel mediale Aufmerksamkeit, ist aber auch politisch nicht eingespielt. Deshalb nennt die Allianz in diesem Zusammenhang keine Gesamtzahl an Geflüchteten, die sie zusätzlich aufnehmen will. Die Bereitschaft der Allianz bleibt genereller Natur. Eine entsprechende Aufnahme orientiert sich an der spezifischen Notsituation und ist weniger planbar als beim Resettlement. Dasselbe gilt für die einmalige zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten in Notsituationen aus aussereuropäischen Regionen (Bsp. Afghanistan).

³ Das entspricht dem aktuellen Kommunikationsinhalt. Das Resultat der internen Umfrage (Ende Juni 2021) bezüglich einer Gesamtzahl, welche die Allianz als Ganzes im Rahmen des Resettlement-Programms aufnehmen könnte (200 Personen pro Jahr), wird nicht verwendet. An der Sitzung vom 10.09.2021 wurde beschlossen auf die Kommunikation von Zahlen zu verzichten.